



Mindestlohn ade?

Von Wolfgang Waschulewski

DIE TARIFVERHANDLUNGEN zwischen dem Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen (BDWS) und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di über einen bundesweiten Mindestlohn-Tarifvertrag für die 170.000 Beschäftigten im Wach- und Sicherheitsgewerbe sind am 19. Februar in Göttingen gescheitert. Der Bundesvorstand von ver.di hatte einen Tag vorher den Entwurf eines Mindestlohn-Tarifvertrags abgelehnt, auf den sich beide Tarifparteien in drei Verhandlungsrunden in einer kleinen Tarifkommission verständigt hatten. Dieser sah unter anderem vor, dass am 1. Mai 2009 die Löhne für die neuen Bundesländer und Berlin auf 5,75 € gestiegen wären. Das hätte Lohnerhöhungen von bis zu 37,5% bedeutet. Leider war dies ver.di zu wenig. Weitere Lohnsteigerungen waren für 2010 und 2011 angeboten worden.

Ich bin persönlich verärgert und tief enttäuscht über diese Ablehnung von ver.di. Damit hat ver.di die historische Chance vertan, in den neuen Bundesländern zu einer deutlichen Lohnerhöhung zu gelangen, die Lohnschere zwischen Ost und West zu verringern und die Arbeitsplätze in deutschen Sicherheitsunternehmen langfristig zu sichern. Die Forderung von ver.di nach einem bundesweiten Mindestlohn von 7,50 € ist insbesondere für die neuen Länder nicht akzeptabel. Das hätte Lohnerhöhungen von bis zu 80% zur Folge und massive negative Auswirkungen auf die Stabilität der Arbeitsplätze gehabt. Dies können wir weder unseren Mitgliedsunternehmen noch deren Kunden zumuten.

Mit der Ablehnung dieses Mindestlohn-Tarifvertrages kann das Sicherheitsgewerbe zunächst nun nicht die Aufnahme in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz beantragen. Kommt es im Jahr 2009 oder 2011 zur vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit im erweiterten Europa, so droht ein massiver Verlust von Arbeitsplätzen in bundesdeutschen Sicherheitsunternehmen. Ohne den Schutz des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes unterliegen Beschäftigte von ausländischen Unternehmen nicht den tariflichen Bestimmungen in Deutschland.

Das Verhalten von ver.di wird Konsequenzen haben. Diese Gewerkschaft hat im Sicherheitsgewerbe 10.000 Mitglieder. Wir lassen uns nicht von einer Gewerkschaft, die lediglich 6% der Beschäftigten vertritt, die Stabilität der Arbeitsplätze in unserer Branche gefährden.

Ich hatte kurz nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen Gelegenheit, mit Wirtschaftsminister Michael Glos und mit Arbeitsminister Olaf Scholz über die Tarifsituation im Sicherheitsgewerbe zu sprechen. Beide Minister habe ich über die Position des BDWS informiert und angekündigt, dass wir in den nächsten Wochen Gespräche mit den Christlichen Gewerkschaften aufnehmen werden mit dem Ziel, einen Mindestlohn-Tarifvertrag abzuschließen. In dem Gespräch konnte ich auch den Eindruck gewinnen, dass die Bundesregierung unser Anliegen auf Aufnahme in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz unterstützt. Minister Scholz hat sein Interesse wiederholt, möglichst viele Branchen unter das Dach des Entsendegesetzes zu bekommen.

Die nächsten Wochen werden für die künftige Weichenstellung unserer Tarifpolitik von herausragender Bedeutung sein. Das Vorhaben „Mindestlohn“ für das Sicherheitsgewerbe ist für den BDWS noch nicht gescheitert!

Ihr

Wolfgang Waschulewski
(Präsident)